

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6-Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Strausse 8/6,  
und durch Postorte zu bestehen.  
Preis vierjährl. Mfz. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen Mfz. 2.50,  
selbst ins Haus Mfz. 2.90,  
wo keine Post am Ort, Mfz. 3.34.

Abonnement  
Jahrgang für die einzelnen  
Nummern über dem Preis  
25 Pfennige, für Monate und  
Buchdruckerei-Bücher  
15 Pfennige.

Abonnement für die einzelnen  
Nummern über dem Preis  
25 Pfennige, für Monate und  
Buchdruckerei-Bücher  
15 Pfennige.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephone  
Redaktion 3141.

Telephone  
Expedition 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 259.

## Eine Rechtsbelehrung.

Man schreibt uns:

In dem großen Prozeß der Leipziger Staatsanwälte gegen die „Leipziger Volkszeitung“, der in der vorigen Woche so großes Aufsehen erregte, ist wieder einmal viel die Rede gewesen von der Regelung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, wie das deutsche Preßgesetz sie vorsieht. Dabei hat sich unter anderem auch wieder gezeigt, wie sehr Irren menschlich ist, und wie sehr schon aus diesem Grunde unsere Justiz notgedrungen auf Irrwege geht.

Dass die Juristen Staatsanwälte wie Richter, vom Wege und Weise der Presse meist recht sonderbare Vorstellungen haben, das war längst bekannt und ist in den Beträchtungen über den Prozeß bereits gehörig hergehoben worden. Nun kann man ja schlechthin nicht verlangen, dass ein Mensch über alles mögliche Bescheid weiß; auch Juristen können das nicht, und höchstens könnte man verlangen, dass sie nicht über Dinge reden, die sie nicht kennen, oder — wenn sie ähnlich damit zu tun haben — dass sie sich vorher genügend darüber unterrichten. Aber das letztere ist wiederum ein Ding der Unmöglichkeit. Die beurteilten Juristen können gar nicht daran denken, über so fremde Gebiete, wie das Preszwesen, sich genau zu informieren, weil sie nicht einmal im Stande sind, die ungemeine Masse von Gesetzen und Paragraphen, deren Anwendung ihre ur-eigene Tätigkeit bildet, genau zu kennen und zu beherrschen.

Die Leipziger Staatsanwälte und auch der vorstehende Richter haben es bekanntlich bis zur Zeugenaussage des Genossen Hänsel für ganz selbstverständlich gehalten, dass es in der deutschen sozialdemokratischen Presse und speziell bei unserem Leipziger Bruderblatt „Sitzredakteur“ gäbe. Die Herren scheinen demnach keine Ahnung davon zu haben, dass nach dem deutschen Preßgesetz das Sitztut der Sitzredakteure verboten und mit Strafe bedroht ist!

In der Tat, der Paragraph, welcher im Preßgesetz die Benennung des verantwortlichen Redakteurs anordnet, ist der § 7. Und hinterher bestimmt der § 18:

„Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten werden bestraft: 1. 2. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 6, 7 und 8, welche durch falsche Angaben mit Kenntnis der Unrichtigkeit begangen werden.“

Zweifellos würde die Benennung einer Person, die gar nicht Redakteur ist, als verantwortlicher Redakteur, unter diese Strafbestimmungen fallen. Um aber jede Unschärfe auszuschließen, fügt § 18 noch überdies fort:

„Dieselbe Strafe trifft den Verleger einer periodischen Druckerei auch dann, wenn er wissentlich geschehen lässt, dass auf derselben eine Person fälschlich als Redakteur benannt wird.“

Dienstag, den 6. November 1906.

17. Jahrgang.

Also da ist kein Zweifel möglich. Und daraus folgt, dass die Leipziger Staatsanwältschaft das Preßgesetz, dessen Anwendung bei ihr doch wahrscheinlich nicht überaus selten ist, nicht in allen seinen Teilen kennt. Da sie nämlich glaubte, bei der „Leipziger Volkszeitung“ gäbe es Sitzredakteure, so hätte sie — wenn anders ihr die eben erwähnten Bestimmungen des Preßgesetzes bekannt waren — eine Strafverfolgung einleiten müssen. Das steht nicht in ihrem Beweis, sondern die absichtliche Unterlassung einer solchen Verfolgung ist nach § 346 des Strafgesetzes mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bedroht. Uebrigens wird wohl im Traume niemand die Leipziger Staatsanwältschaft für fähig halten, eine Verfolgung unseres Parteiblattes absichtlich zu verzögern. Freilich hätten die ersten Zeugenvernehmungen in einem solchen Verfahren den Leipziger Staatsanwälten bereits gezeigt, dass es dort keine Sitzredakteure gibt, und so den holden „gerichtsnotorischen“ Wahn zerstört. All das zeigt sonnenklar, dass es im Preßgesetz Teile gibt, welche der Leipziger Staatsanwältschaft bisher unbekannt geblieben sind. Natürlich fällt es uns nicht ein, ihr daraus einen Vorwurf zu machen. Wir sagten oben schon, irren ist menschlich. Nur meinen wir, auch die Staatsanwälte ihrerseits sollten dieses wahre Wort etwas mehr beherzigen, und da sie selbst nicht einmal all die iu sende von Gesetzesparagraphen, deren Anwendung ihr Amt ist, in allen Teilen beherrschen können, so sollten sie bei „gewöhnlichen“ Stadtbürgern dieselbe menschliche Unvollkommenheit auch etwas milde betrachten.

Weil wir gerade dabei sind, wollen wir diese sehr nötige Rechtsbelehrung noch etwas fortsetzen und von einer anderen allgemein üblichen, aber total falschen Anwendung des Preßgesetzes reden. Bekanntlich wird nach § 20 der verantwortliche Redakteur als Täter bestraft, es sei denn, er weise nach, dass er nicht der Täter ist. Ihm folgt der § 21, welcher ganz zweifelsfrei bestimmt, dass unter allen Umständen nur eine Person bestraft werden soll, entweder der Täter (Verfasser) selbst, oder wenn der nicht zu fassen ist, der verantwortliche Redakteur, an dessen Stelle wütter der Verleger, der Drucker und der Verbreiter treten können. Alle diese Personen sollen wegen Fahrlässigkeit bestraft werden, wenn sie nicht die Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche die Anwendung unmöglich gemacht haben. Jedoch soll jede dieser Personen nur dann bestraft werden, wenn nicht eine der vor ihr benannten Personen fahrlässig ist. Die subtillen Bestimmungen über Verleger, Drucker etc. können wir übergehen, weil ja der verantwortliche Redakteur stets zur Verfügung des Gerichts steht und außerdem die „pflichtgemäße Sorgfalt“ des Verlegers etc. mit dem Inhalt selten etwas zu tun haben. Wenn nun ein verantwortlicher Redakteur anbetrifft, so ist es, wie gesagt, zweifelsfrei, dass das Gesetz nur einen bestraft wissen will, entweder den Verfasser oder den verantwortlichen Redakteur.

Das zeigt schon der § 20. Denn wenn dem Gericht der Verfasser eines Artikels bekannt ist, so ist damit doch schla-

gend bewiesen, dass der verantwortliche Redakteur nicht der Verfasser ist. Und er soll doch nach § 20 nicht bestraft werden, wenn besondere Umstände die Annahme seiner Täterschaft ausschließen. Dazu besagt dann der § 21 noch ausdrücklich:

„Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen (deren erste der verantwortliche Redakteur ist) ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, eine Person bis zur Verkündung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates sich befindet...“

Das heißt mit dünnen Worten: wenn der Verfasser einer strafbaren Notiz dem Gericht zur Verfügung steht, soll der verantwortliche Redakteur nicht bestraft werden.

Und dennoch bringen es unsere Juristen fertig, in solchem Falle in der Regel alle beide anzuladen und auch alle beide zu verurteilen!

Wie gelingt ihnen das? Sehr einfach. Sie haben über den Sinn der Worte im Gesetz eine andere Ausfassung, als wir gewöhnlichen Menschenkinder. Sie sagen: wenn wir den Verfasser haben, so können wir den Redakteur freilich nicht „wegen Fahrlässigkeit“ bestrafen; dann das verbietet der § 21. Aber wir können ihn als Wütäter oder Teilnehmer bestrafen und lassen ihn nur dann frei, wenn er etwa nachweist, dass er bei der Aufnahme des Artikels nicht beteiligt gewesen ist. Und so gestaltet sich denn in der Tat die Sache in der Praxis. Kommt einmal der Fall vor, dass der Verfasser eines angeblich strafbaren Artikels dem Gericht bekannt ist, so wird nicht er allein angewählt, sondern der verantwortliche Redakteur ebenfalls. Und dieser letztere entgeht der Verurteilung nur dann, wenn er den Artikel etwa aus Versehen hat durchschlüpfen lassen — das heißt nur dann, wenn er in seinem Beruf eine Fahrlässigkeit begangen hat! So hat es Juristenlogik dahin gebracht, dass man eine Fahrlässigkeit nachweisen muss, um freigesprochen zu werden!

Wir halten wirklich nicht allzuviel vom deutschen Preßgesetz; aber dass es einen solchen Widerstand gewollt hat, das glauben wir nun doch nun und nimmermehr. Praktisch hat die Sache ja nicht allzuviel auf sich. Denn da man diese juristische Argumentation kennt, so wird eben der Name des Verfassers unter allen Umständen verschwinden und es verfällt doch immer nur einer den Armen der strafenden Gerechtigkeit. Bedenktlich sind solche Auslegungskünste nur für die Autorität des Gesetzes. Denn sie müssen notwendigerweise im Volke den Argwohn erwecken, als käme es nicht auf das an, was im Gesetze steht, sondern auf das, was die Juristen hineinlegen resp. herauslesen.

Hebrigens eine Frage: Die Leipziger Staatsanwälte haben so viel Wessens davon gemacht, dass die Verfasser der Artikel sich nicht nennen, und haben die Angeklagten quasi bedauert als Opfer, welche „die Suppe auslöffeln müssen“. Haben denn die Herren von der Leipziger An-

tunst und dazu die Weihilfe guter Geister — und Süßigkeiten — der Schneider gefangen.

Da geschah es, dass die bisherige Pfarrmagd ihren Dienst verließ und an ihre Stelle ein Mädchen kam, die, aus dem benachbarten Kestetal gebürtig, das lebte Jahr in Ulm gedient hatte und der Pfarrerin von dort recommandiert worden war. Tobias, der dem geistlichen Herrn einen ausgedeckten Rock hinzutragen hatte, sah sie, sprach sie — und kam als Verwandelter nach Hause.

Barbara, ritterliche Bäbe, war aus einem protestantischen Dorfe jenes Tales, das von bewaldeten Anhöhen eingehüllt ist, und deren Bewohner, obwohl sie einzelne Ausdrücke und Manieren für sich haben, im ganzen von den Niedern wenig verschieden sind. Das Kind unbedeuteter Eltern, batte sie sich dienen müssen, aber gute Häuser gefunden und als regesames Mädchen endlich in der Stadt ihre Geschicklichkeit vervollkommen. Bei dem Ruf in das Dorf war ihre Neigung zum Wandelen wieder erwacht, und sie gab ihr nach — vielleicht getrieben von einem Geschick, das eben hier eine Lebenswendung für sie bereit hatte.

Das Mädchen gehörte zu den glücklichen Geschöpfen, die mit Gesundheit und Lüftigkeit am Leib und Seele eine gewinnende natürliche Anmut verbinden. Statthaft, wohlgebaut und von gedrungenen Formen, in ihrem Benehmen sicher und ruhig, läßte sie auf den ersten Blick Vertrauen ein. Der Kopf war mehr rund als oval, die Stirn nicht sehr hoch, weil die unruhigen, dunklen Haare etwas tiefer als gewöhnlich verdeckten. Mit dunkelbraunen Augen und einem Gesicht, dessen frisches Rot sich ins bräunliche vertiefte, war sie, was man auch im Ries „ein schwäbisches Deindel“ zu nennen und nach Gebühr zu schämen pflegt.

Die Anmut in ihrem Wesen berührte in ungeborener Güte und einer natürlichen Schlaue, die sie in ihren verschiedensten Dienstberührungen ausgebildet hatte. Sie holt gern, nahm sich gern der Bedrangten an, erreichte aber auch gern selber ihre Zwecke, die wesentlich praktisch waren und am Ende darauf hinauszögerten, in einem guten Dienst bei stetigem Fleiß das bisher erprobte Glück mehr zu vermehren, um endlich, wenn's Gottes Willen wäre, einen braben Mann damit glücklich zu machen. Begegnungen ihres Lebens, von Natur, wurde sie leichter und leichter beim Lachen hinterfragen, stetslich hecheligen Lippen schöne mittelgroße Augen. Wenn sie eins läden möchte, sah sie es mit unverhohlem Roßhollen und einer Art von mürrischem Ausdruck an; hatte sie aber entschiedenes Geschloss an jemand und wollte sie selbst stellen, so genomm sie Selbst an einen Stuhl bis zum zufrieden. Ihre Stimme eine Weichheit bis zum Zittern.

Ich glaube durch diese naturgetreue Erzählung umsetzen

Tobias gerechtfertigt zu haben, wenn er aus dem Pfarrhause mit Empfindungen heimging, die ihm durchaus neu waren, die er aber sogleich als die „rechte Liebe“ erkannte und mit freudigem Schred als längstehntes Glück begrüßte, trotzdem dass ein lebhaftes Leben ihn auch schon damit das verbündete Verhängnisvolle ahnen ließ. Zu seiner Begeisterung mochte das dunkle Gefühl beigetragen haben, dass dieses Mädchen eben an sich hatte, was ihm fehle, dass er ihr sich anvertrauen und an ihr eine Ergänzung finden konnte. Die Bäbe gab sich allerdings nicht viel mit Einbildung und Schwägungen ab. Sie war von denen, die wissen, was sie wollen, und was ihr recht und gut schen, das führt sie mit geräuschloser Fertigkeit aus, ohne sich durch den Gedanken, was wohl andere Leute dazu sagen möchten, allzu viel beunruhigen zu lassen. Ihre Fassung zu verlieren, lag nicht in ihrem Wesen, vielmehr konnte sie im Notfall entschlossen auftreten und kräftig ihre Rechte wahren. Von alledem erholt der junge Schneider eine Ahnung, als er sie in Abwesenheit der Pfarrleute vor sich stehen sah und nach den ersten Fragen und Antworten in ein kleines Gespräch mit ihr kam. Er freute sich ihrer Statur, ihrer schönen Rundheit und ihrer teilnehmenden Reden. Als aber der nette Bursch, das gute, nette, an ihr mit offenbarem Wohlgefallen hängende Gesicht auch vor ihren Augen stand und sie sich nicht erwehren konnte, ihn mit leidbaren Blicken anzusehen und ihrer Stimme dabei einen holden Klang zu geben — da war er fertig.

Die ersten Stunden nach der Zusammenkunft vergingen dem erregbaren Herzen in einem förmlichen Rausche. Als die Wogen der Gefühle zu sinken begannen, fing er an zu überlegen — und erkannte klar das Verhältnis seiner Lage. Gäßle erschien ihm jetzt fatal, ja, sofort sie ihn zum Manns begehrte, recht eigentlich anmaßend. Wie konnte er eine solche Person heiraten — er, der die Bäbe angelächelt hatte, die Bäbe, die Schönheit, die er je gesehen, die in ihrem südländischen Fleid etwas Vornehmes hatte und aussah wie ein Brauner, aber? Aber die Süßigkeiten wollte der Vater und hatte, wie es schien, seinen Kopf daruntergelegt; und die Bäbe, das wußte es aus dem kurzen Gespräch, hatte nur noch eine Mutter und einen Stiefvater, die sie selber kaum durchdringen konnten, und von ihnen so gut wie nichts zu hoffen. Die südländische Tracht, in seinen Augen ein Vorwurf, war kein Alten zu wider, denn dieser war ein ganz ländlicher Schneider, soeben er diesem Meister längst schon legte, der die türkische Lederovalen nie ab und hatte auch den Sohn lange fürchten nicht früher gesetzt als bis der junge Schneider das Dorf vom Vater weitgegangen war. Das große einen Sohn handel, in dem er diesem Meister sagte, er möge nicht Süßigkeiten, sondern die Bäume haben! Aber es musste gleichwohl heraus aus ihm, längst's einmal nicht anders eing; denn die Süßigkeiten waren es nicht — um die ganze Welt nicht.

Nachrichten die Absicht, in Zukunft das Preß zu schaffen und dies anzuhören und den verantwortlichen Redakteur ungeschoren zu lassen, wenn sie den Verfasser kennen?

Diese Beobachtungen unseres Mitarbeiters können noch in einem sehr wesentlichen Punkte ergänzt werden. Es kommt nämlich die Beipiel der Kritik nicht besser, als wenn wir Ihnen das Verhalten der Preßlauer — man hoffe! der Preßlauer! — als Vuster vorstellen. Die Preßlauer Richter, die doch gewiss nicht in dem Rufe stehen, Sozialdemokraten mit Glacehandschuhen anzuhaften, handeln bei Presiprozessen lediglich nach dem Preßgesetz. Wenn genügt es, wenn sie den verantwortlichen Redakteur in die Kreisverfassung bekommen, und wir ganz formell fragen Sie hier und da nach dem Namen des resp. der Verfasser. Allerdings bringen Sie es das Sicht, (siehe den Fall Döbel) daß Sie diesen einen unter Umständen so viel Strafe aufzutragen, wie sonst drei oder vier Nebstländern zusammen erboten hätten. Immerhin kennzeichnet es die Verfolger Richtig, wenn man sie — wenigstens in einem Punkte — die Preßlauer als Vorläufer hinstellen muß!

## Politische Übersicht.

### Hinter den Kulissen des politischen Theaters.

Der "Berliner Volksanzeiger" meldet, daß "der erkranke Minister von Bodenbender am Sonnabend den Besuch des Herrn v. Eulmann erhalten habe. Dieser Versuch siehe aber mit den sogenannten Bodenbender-Krisen" in kleinerer Zusammenhang, vielmehr habe der Vize-Wilhelm II. mit dem bestürzten, von Gicht und Gallensteinen geplagten Minister nur eine "in das Nestort des Landwirtschaftsministers fallende Personalkrise" besprochen.

Imzwischen läßt der französische Minister von seinen Freunden die Nachricht verbreiten, die gegen ihn geführte Preßkampagne habe ihre Quelle im Auswärtigen Amt. Einige Blätter betrachten diese Nachricht als einen Vorstoß Bodenbenders gegen Bismarck und prophezeien, daß Bodenbender bleiben, Bismarck aber gehen werde, wogegen andere "Gatanterrichtete" wieder versichern, von einer Krise kann überhaupt keine Rede sein.

Die Verwirrung und Misstrauensmung einer völlig unklaren Situation setzt in bürgerlichen Zeitungssäulen und Reden zu immer schwächerem Ausdruck. Zentrum und Nationalliberalismus spielen die Rolle einer unentwegten Opposition. Das Zentrum beschlägt die Haltung der Regierung in der Polenfrage und den Stellung der Sozialpolitik; ihre Presse versichert, die kommende Tagung des Reichstags werde zu seinem guten Ende führen, wenn sich die Regierung nicht eilig dazu entschließe, die den christlichen Arbeitern versprochenen über die Rechtshäufigkeit der Berufspensionen und die Arbeitsstämme vorzuholen. Vielleicht geht aber der Kampf erst dann los, wenn dieser Wunsch des Zentrums erfüllt wird; denn nach Ausdrücken, die die "Neuzzeitung" gemacht hat, haben die Arbeiter von den Geschenken des "sozialen Königtums" wenig Gutes zu erwarten.

Ganz anderer Art ist die oppositionelle Stimmung, die sich in nationalliberalen Kreisen geltend macht. Sie richtet ihre Spiege nicht gegen die Regierung oder bestimmte Handlungen der Regierung sondern gegen Wilhelm II. und das ganze von ihm vertretene System. Herr Wallermann hat in einer recht unabkömmlichen Rede zu Wiesbaden dem Preß das Vorbild seines konstitutionellen Rechts, des Königs von England, vorgehalten, der schmieg sich bedächtig und mit Erfolg für die Größe seines Reiches und an der Isolierung Deutschlands arbeite. Die "Rhein.-Westf. Blatt" meint, durch einen Kriegswechsel komme man aus der kostlosen Fase nicht heraus; eine Rendition sei nur von unten, aus dem Volke her, möglich. Keine starke nationale Opposition, die sich die Unzulänglichkeiten der heutigen Macht habe aufdecken und ihnen endlich los die Mittel zu dem elenden Fortwursten verweigere, könne Rettung bringen. Jenen, die in der ganzen Politik, die uns jetzt in diese kostlose Fase geführt habe, ja und Ältern sagten, werde es wohl schwer fallen, sich nun auf einmal in Fechterstellung zu setzen, aber Rot lasse kein Gebot. Eine so revolutionäre Sprache führt ein Blatt, das als Schriftmacherblatt mit Recht berüchtigt ist.

Das alles sieht danach aus, als ob sich das liberale Bürgertum nun wirklich dazu entschließen wollte, die Kriecherei und Ragdoulei vor dem verschärflichen Regiment aufzugeben und in einen Kampf um das konstitutionell-parlementarische System einzutreten. Aber ein solcher Kampf erfordert, wie die "Rhein.-Westf. Zeitung" sehr richtig bemerkt, die Unterstützung des Volkes und erfordert den Aufwand aller Kraft, weil er ein Kampf um Kraft und Kräfte ist. Er kann nicht geführt werden, nach der berüchtigten "Zweifrontentheorie" — ja gegen die Sozialdemokratie, und holt gegen die Reaktion! — er kann auch nicht geführt werden von einem Bürokrat, dem die Angst vor der sozialen Revolution in den Knochen sitzt und das sich vor den einschärfsten Forderungen der Volksfreiheit in den Taschen der Partei versteckt. Die selbstverständliche Konsequenz der neuesten Haltung der Nationalliberalen wäre es, daß sie erschüttern müßten, den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf bessere Seiten vertagen und vorerst alle Volkskämpfe zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Krieger-Abolitionismus sammeln zu wollen.

Da Nationalliberalen das nicht tun, und ihrem ganzen Wesen nach nicht tun können, bleibt alles, was sie jetzt schreiben und reden, leerer Geisterei, das zu nichts führt und seinen Ueberher nicht das mindeste nützt. Aus all diesen Reden und Artikeln geht doch nur das eine hervor, daß gegenüber der regierenden "Vollenden" Politik an derer Opposition geboten ist, eine Opposition von solcher Wucht und Schärfe, wie sie kein Mensch von den nationalliberalen Parteiseelen erwarten kann. Die nationalliberalen Partei hat bisher immer noch den heutigen Machthabern die Mittel zu dem elenden Fortwursten nicht nur bewilligt, sondern unterstützend eingegangen, und sie macht sich bloß lächerlich, wenn sie erklärt, es solle nun anders werden. Der nächste Tag, die nächsten Forderungen für Kolonien, Heer oder Flotte werden zeigen, daß es genau so geblieben ist, wie es war.

Weitere Bedeutung kommt den nationalliberalen Gelegenssachen wider das System nicht zu. Sie sind zur ein Symptom der im ganzen Volle auftretenden furchtbaren Missbildung, und in diesem Sinne verdienen sie allerdings Beachtung.

### Wie und was der Kronprinz studiert.

Sie wir bereits kurz mitgeteilt, soll der älteste Sohn Wilhelms des Zweiten besonders auf 6 (sechs) Monate die preußischen Hochschulangelegenheiten studieren.

Während einige Zeitungsblätter über die lange Zeitbauer, während dieser der Kronprinz in die Universität eingeführt werden soll, aufmerksam berichtet schienen, ist die "Neuzzeitung" über die Zeitreise am 23. Januar erschienen. Darin ist sie der von ihrem jugendlichen Altersfreundstaat untersetzten Hoffnung, daß der militärische Teil und die Führung in die auswärtige Politik, momentan im Hinblick auf den persönlichen Vertrag mit anderen Souveränen" zu den wohl wichtigsten Aufgaben" der künftigen Regenten gehören, aber sie gibt auch endlich Grund zu, daß Ihnen die Unterweisung in der Hochschulbildung nicht vornehmlich werden dürfe. Man wird also allerdings selbst bei der "Neuzzeitung" darüber wandern, ob sie die Gelegenheit nicht verpasst, die Künftige angeblichen Vermögen des Kronprinzen zur höheren Kenntnis heranzuführen. Sie ist der Ansicht, daß Friedrich sie in der Sozialdemokratie gebliebenen Kenntnisse später vielleicht hohe Dienste dienen. Nun ist es aber mit diesen Kenntnissen ebenso weit her wie mit der ganzen älteren Legende.

Erstaunlich desto, ja beinahe dazu die "Preuß. Volksblatt". Friedrich Wilhelm der Große, der an ähnlichen Hochschulangelegenheiten sehr geschickt überzeugt den Sozialen und Liberalen in seiner Riege bestellt in die Universitätsschule zu Berlin, wo sie sich und den sozialen Studiengängen ab-

zubringen. Außerdem lernte er dort wenig mehr, als seine hochhafte Verbundenheit darüber Ausdruck zu verleihen, daß dem bürgerlichen Kammerherrn von ablagen Landräten als ihrem Vorgeschichtlichen Rapporten eingereicht wurden, was der "Neuzzeitung" allerdings als ein plausiblereschender Anfang für die spätere Praxis des "aufmüpfigen Despoten" erscheinen mag, dem überwundenen Amsterdamer Tor und Tore zu öffnen und in der Präsentation bürgerlicher Offiziere und Beamten den ersten Schritt zum Erfolg des Staates zu sehen. Auch sonst hat er in das Räderwerk der Staatsverwaltung in Berlin nur einen sehr mangelhaften Einblick gehabt, und die Klagen der Kölner Verwaltung über den Kronprinzen sind so zahlreich, daß sie selbst den Historikern der "Neuzzeitung" nicht unbekannt geworden sein sollten. Der Beamte, dem in erster Linie die Ausbildung des Kronprinzen oblag, tröstete sich ja damit, daß der König in alle Kleinheiten des Staatsbetriebes die Rose nicht zu stecken brauche. Aber auch im Großen der inneren Politik versagte Friedrich Staatskunst unglaublich mehr, als die Friedrich Wilhelm: Die Zünfer, die unter der Herrschaft des Vaters wenigstens zu Auk trafen müssen, waren unter dem Regime des Sohnes wieder auf solzen Rossen daher.

Aber hat Friedrich der zweite auch auf dem Kölner Amt nichts gelernt und nichts lernen wollen, so daß er späterhin mit untergeordneten Schreibern die Staatsgeschäfte in wenigen Minuten erledigte, so war doch die ökonomische Struktur des damaligen Staates darauf ausgeschritten, daß der König sozialpolitisches und verwaltungsrechtliches Wissen sehr gut hätte verwerfen können. Über der primitive Merkantilismus der Zeit Friedrichs des Großen, unter dem das Manufakturkapital vom Monarchen in der Gestalt von Staatsbeamten junges Lebensblut eingepumpt bekam, hat sich zum ausgehenden Jahrhunderts Anfang in unseren Tagen ausgewachsen, der die Träger der Kronenkraft gänzlich aus dem Mechanismus des Staatswesens ausschloß. Am Großbetriebe des Staates spiegelte sich der Großbetrieb der Industrie: je gewaltigeren Umsatz eine Firma annimmt, desto weniger hat der zufällige Inhaber der Firma zu bedenken. Die Schafe des Hauses Krupp rauschten ruhig weiter, wenn der Kanonenkönig auf Capri seinen Vergnügungen nachging, und ebenso strotzte auch kein Rad in der Maschine der deutschen Bureaucratie, wenn Wilhelm der zweite auf dem Erdball hin und her führte.

Wenn also dem Sohne Wilhelms des zweiten einige Formen der Staatsverwaltung und selbst mehr beigebracht werden, so hat das wirtschaftlichen größeren Wert, als die ebenfalls dekorative Tradition, daß jeder Hohenzollerndprinz ein Handwerk lernen muss.

### Wieder eine bayerische Polizeiungehörigkeit.

In der bayerischen Oberpfalz, einer bisher unzugänglichen Zentrumssdomäne, hat seit einiger Zeit die Arbeiterbewegung ein ganz erfreuliches Tempo angenommen, zum größten Schrecken der schwarz-roten Gewerkschaft, die alte Mittel anwendet, um ihre Schädel vor der Infektion mit dem "roten Gift" zu bewahren. Daß scheinen ihr die Polizeiorganisationen hilfreiche Handleisten zu wollen. In dem Städtchen Kirchenreuth hat kürzlich, wie uns geschrieben wird, eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden, über die auch in dem dortigen Zentrumssblatt ein Bericht erschien. Da dieser eine ganze Einzelheiten enthielt und ein Berichtsteller des Blattes in der Versammlung nicht antwortend war, konnte nur der überwachende Beamte das Material zu dem Bericht geliefert haben. Dieser Beamte, der Bezirkssammler Dr. Mater, gestand auch, als er zur Rede gestellt wurde, zu, daß er seinen Bericht den Gegnern zugänglich gemacht habe, er sei befreit (!), sein Stenogramm jedermann zur Kenntnis zu bringen. Es wird nun Veranlassung genommen werden, von den vorgesetzten Behörden Auskunft zu verlangen, ob sie eine solche Verlegung des Amtes geheißen haben.

Das alles sieht danach aus, als ob sich das liberale Bürgertum nun wirklich dazu entschließen sollte, die Kriecherei und Ragdoulei vor dem verschärflichen Regiment aufzugeben und in einen Kampf um das konstitutionell-parlementarische System einzutreten. Aber ein solcher

Kampf erfordert, wie die "Rhein.-Westf. Zeitung" sehr richtig bemerkt, die Unterstützung des Volkes und erfordert den Aufwand aller Kraft, weil er ein Kampf um Kraft und Kräfte ist. Er kann nicht geführt werden, nach der berüchtigten "Zweifrontentheorie" — ja gegen die Sozialdemokratie, und holt gegen die Reaktion! — er kann auch nicht geführt werden von einem Bürokrat, dem die Angst vor der sozialen Revolution in den Knochen sitzt und das sich vor den einschärfsten Forderungen der Volksfreiheit in den Taschen der Partei versteckt. Die selbstverständliche Konsequenz der neuesten Haltung der Nationalliberalen wäre es, daß sie erschüttern müßten, den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf bessere Seiten vertagen und vorerst alle Volkskämpfe zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Krieger-Abolitionismus sammeln zu wollen.

Da Nationalliberalen das nicht tun, und ihrem ganzen Wesen nach nicht tun können, bleibt alles, was sie jetzt schreiben und reden, leerer Geisterei, das zu nichts führt und seinen Ueberher nicht das mindeste nützt. Aus all diesen Reden und Artikeln geht doch nur das eine hervor, daß gegenüber der regierenden "Vollenden" Politik an derer Opposition geboten ist, eine Opposition von solcher Wucht und Schärfe, wie sie kein Mensch von den nationalliberalen Parteiseelen erwarten kann. Die nationalliberalen Partei hat bisher immer noch den heutigen Machthabern die Mittel zu dem elenden Fortwursten nicht nur bewilligt, sondern unterstützend eingegangen, und sie macht sich bloß lächerlich, wenn sie erklärt, es solle nun anders werden. Der nächste Tag, die nächsten Forderungen für Kolonien, Heer oder Flotte werden zeigen, daß es genau so geblieben ist, wie es war.

Weitere Bedeutung kommt den nationalliberalen Gelegenssachen wider das System nicht zu. Sie sind zur ein Symptom der im ganzen Volle auftretenden furchtbaren Missbildung, und in diesem Sinne verdienen sie allerdings Beachtung.

### Zureden hilft.

Die "Schlesische Zeitung" hat die Zeit, die wir beim in ihrer Nr. 726 erschienenen Artikel über die Herrlichkeit des heutigen Kaiserreichs über angeblichen ließen, behauptet. In ihrer Nr. 759 sagt sie sogar indirekt patet posca, indem sie ihre früheren Vorstellungen wesentlich einschränkt. Heute hat sie auf einmal zu tadeln. Beider sieht sie dabei an einer Stelle den Wald vor lauter Bäumen nicht. Sie sagt nämlich darüber, daß im Kaiserreich nicht selten ein Kreislauf der Verbündeten, ein "Verlorengänge" — andere Leute würden Verlust sagen — des erforderlichen Geschäftsbündnisses sich ereignet habe. Woher aber kann diese Fehler? Nur vom neuen Reglement. Dieses proklamiert nämlich für den Angriff die Uniformierung als Norm. Nach dem Reglement ist die Draufgänger die Hauptfahne, eine Abteilung braucht sich um die andere nicht zu kümmern. Selbst dem höchsten Führer wird ihmlich das Recht bestehen, Abteilungen, die infolge der Gunst bei Terrains schneller vorwärts kommen als andere, anzuhalten. Unter solchen Verhältnissen, die im Kriege der Ordensräger und der Verwendung des Blutes der Leute Tote und Toten müssen, muß der Geschäftsbund verloren gehen. Ebenso ist das Bemühen der Verbände nicht zu vermeiden.

Eine drollige Kürbiss-Vorstellung wird heimlich in Berlin vor sich gehen. Die "Tägliche Rundschau" berichtet darüber: Eine Kundgebung der nationalen Arbeiter- und Gehilfenschaft (was ist das?) findet am 18. November b. J., Vormittags im Kürbiss-Busch statt. Es soll in schlichter, eindrücklicher Weise das Silberjubiläum der kaiserlichen Postfahrt vom 17ten November 1881 gefeiert werden. Als Redner sind 2 Abgeordnete in Aussicht genommen. Die Veranstaltung geht aus vom Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten, dem die konfessionellen Arbeitervereine (Bull.-Breslau und Konsorten!) und der Deutschnationale Handlungs-Gehilfenvorstand mit ihren Berliner Zweigvereinen angehören.

Wir werden uns ein Bild zu dieser Vorstellung zu verschaffen suchen und dann über das Theater berichten.

**Der neue Kolonialskandal.** Bei den Angriffen gegen den bisherigen Legationsrat Dr. v. Jacobs von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, die auf Antrag des betreffenden Beamten zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden sind, handelt es sich darum, daß bei der Kapitänsleiterungen für Südwestafrika im Gesamtbetrag von über 120 Millionen Mark Unregelmäßigkeiten und Begünstigungen vorgenommen seien sollen, die dem bisherigen Generalkonsul Dr. v. Jacobs zur Last gelegt werden.

**Landtagswahlen in Sachsen-Weimar-Eisenach.** Ein Telegramm meldet: Nach den bis jetzt vorliegenden Wahlergebnissen wird der neue Landtag des Großherzogtums Sachsen aus 14 Nationalliberalen, 2 Freisinnigen, 2 Sozialdemokraten und 15 Bündlern und Konservativen bestehen. Eine Mehrheit für das direkte Wahlrecht scheint gesichert zu sein.

Eine aufsehenerregende Bekanntmachung meldet die "Tägl. Rundsch." in folgender Note aus Düsseldorf: "Die biesige Strafammer hatte im Monat April den Kaufmann Franz Wehrhahn in Neub., einen einflußreichen Führer der rheinischen Zentrumspartei, wegen Stimmentausch bei den Stadtverordnetenwahlen zu einem Monat Gefängnis verurteilt, und das Reichsgericht hatte dieses Urteil bestätigt. Diese Gefängnisstrafe ist nur im Gradenwege in eine Geldstrafe umgewandelt worden. Wehrhahn ist vielfacher Millionär, so daß ihm diese Lösung der Affäre weiter keine Schmerzen machen wird! Das diese Bekanntmachung um der Parteigehörigkeit des Verurteilten will hier allerhand Kommentare hervorrufen, ist allerdings erklärlich."

Man könnte hinzufügen: Und daß angesichts derartig sich häufender Unrechtsbezeugungen von oben das Zentrum immer ehrungsfeindlicher und damit volksfeindlicher wird, ist ebenfalls erklärbare.

Den Beamten wird überall geholfen! Nun wird auch aus Dresden gemeldet: "Der Rat hat die Absicht, den Stadtverordneten eine Vorlage zu machen, um in Rücksicht auf die Tendenz die Grundhälter für sämtliche Unterverbaume zu erhöhen und diese schneller in die höheren Gehaltsstufen aufzuhöhen. Es werden dadurch sämtliche Beamten und Angestellte bis zu ca. 2000 Mk. Gehalt besser gestellt. Bei Annahme der Vorlage würden jährlich etwa 90,000 Mk. Mehrausgabe entstehen." Und die Arbeiter?

Hat die Kritik geholfen? Aus Berlin wird gemeldet: Die Zulassung der Künste an den preußischen Universitäten ist jetzt wieder gestattet, nachdem die Presse, vor allem die sozialdemokratische, die Künste nicht gänzlich gehebelt hatte. Bei der bisherigen Bedingung politischer Unverdächtlichkeit wird nun auch der Nachweis von Unterhaltsmitteln zum Studium gefordert. Diese Nachweise haben Männer und Frauen in verschiedenen Weise zu leisten. Einige bestehen jedoch auf Universitäten, während die in Bezug auf die Vorbildung verlangt. In Berlin ist für die Immatrikulation das Reisepassfoto von klassischen Gymnasien erforderlich. Nach dem Bekanntwerden der neuen Auflösung häufen sich sofort die Gesuche zum Einschreiben.

**Befohlene Steuerzahler.** In Leipzig wurden in der Stadtkafe Ureigentümern entdeckt, deren Ueberreicht nicht feststellbar waren. Sonnabend Morgen stellte sich der Stadtkonservator der Stadtkafeer Ordnungen mit der Schreibbeschriftung, große Ketten und der Stadtkafe unterzulagen zu haben. Die unterschiedenen Summen ist noch nicht bekannt. Eine zeitige Zeitung meldet, es handle sich um etwa 100,000 Mark.

Die Auflösung des Württembergischen Bankages ist am Samstag verfügt worden. Der neue Landtag wird nach dem Wahlvotum gewählt werden.

Anders wie in Offenburg. Aus Gotha wird uns gemeldet:

"Der am Senator wiedergewählte Sozialdemokrat Oskar in Weimar ist vom Stadtkonservator zum Abwählen nicht bestätigt worden."

Werden die Liberalen jetzt Platz gewinnt haben, so auf einen Zusatz entkommen zu lassen?

Was werden die Grenzostensesser dazu sagen? Wie steht es mit uns konservativen? Gemäßigt. Die konservative Partei hat dem Bürgermeister von Matz, Oldesleben, den Orden des Grenzostensessers verliehen. Bürgermeister Matz



8. Kulturst.	
für den Kaiser-Bedienten-Dienst gingen der dem Unter-	gelehrten ein:
Mei. Ver. . . . .	5,- M.
"	0,80 "
Buchdruckerei D. Guttman . . . . .	2,- "
Durch Klappe . . . . .	1,- "
Bereits quittiert . . . . .	95,75
Summa 44,05 M.	

Gummilisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II., zu haben.

Quittung.	
für die Lithographen und Stelldrucker gingen ein:	
Bereits quittiert . . . . .	1785,54 M.
Durch Gittel Viele Nr. 310 . . . . .	2,80 "
" 218 . . . . .	12,10 "
" 316 . . . . .	5,95 "
" 309 . . . . .	1,80 "
Summa 1807,69 M.	

14. Quittung.	
für die Stadtverordnetenwahlen gingen ein:	689,04 M.
Berband der Bäuerer durch Jacobs . . . . .	15,- "
Berband der Einzelne durch Reimann . . . . .	30,- "
Viele 1. Distrikte 1 durch Scholz . . . . .	3,10 "
" " Schulz . . . . .	6,45 "
" " Käschner . . . . .	2,85 "
" " Vanislo . . . . .	5,20 "
Berband der Einzelner durch Hünler . . . . .	30,- "
Berband der Holzarbeiter durch Potschmann . . . . .	150,- "
Viele 131. Distrikte 10 durch Holzapfel . . . . .	6,- "
" 132 . . . . .	6,15 "
" 136 . . . . .	3,15 "
Gesammt durch Bischof . . . . .	1,40 "
Viele 141. Distrikte 11, durch Herbold . . . . .	6,50 "
" 282 . . . . .	8,88 "
" 288 . . . . .	9,10 "
Summa 986,82 M.	

Gummilisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, 2. Etage, zu haben.

## Vereins-Kalender.

### Breslau.

Die Bibliothekssammlungen des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Von 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

### Gewerkschaftskalender.

Montag, den 5. November:

Schreiber-Verein, Mitglieder-Gesammlung. Zimmer Nr. 2.

Dienstag, den 6. November:

Metallarbeiter-Verein (Bauanschläger). Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Vortrag des Kol. Philipp. Zimmer 3 u. 4.

Mittwoch, den 7. November:

Holzarbeiter-Verein, Abendstelle Breslau II. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Gesammlung Zimmer 3 und 4.

Arbeiter-Madzarek-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 8. November:

Arbeiter-Abstinentenbund. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 5.

Töpfer-Verein. Mitglieder-Gesammlung Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonntagnachmittag, den 10. November:

Buchbinderei. Gründungsfeier verbunden mit Ball, Festrede, Vorlesung u. im großen Saale.

Sonntag, den 11. November:

Verein Gutenberg. Soirée im großen Saale.

### Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikts 3 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 3, 4 u. 5. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Volljähriges Erscheinen ist dringend erwünscht.

Die Bezirksführer.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

### Distrikts 5 (Böpelsdorf).

Bezirke 4 und 5. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend Böpelsdorfer Straße 42. Zahlreiches Erscheinen wünschen.

Die Bezirksführer.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 4 und 5. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend Böpelsdorfer Straße 42. Zahlreiches Erscheinen wünschen.

Die Bezirksführer.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den 6. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 16, 17 u. 18. Dienstag, den

# Beilage zu Nr. 259 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 6. November 1906.

## Breslauer Stadtverordnetenwähler!

Nur noch einige Tage fehlen bis zum Wahltage, den 10. November. Nutze jeder diese Zeit zur eifrigsten Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten!

Die

### Gegner

arbeiten fieberhaft! Sie gönnen der Arbeiterschaft nicht einmal die bescheidene Zahl Vertreter, die das

### empörend ungerechte Dreiklassenwahlrecht

ihre gestatten würde.

Und mit welchen Mitteln kämpfen die Gegner! Sie verbreiten und entstellen unsere Bestrebungen, verleumden unsere Vertreter. Die indifferenten Wähler suchen sie

### durch Pier- und Schnapspenden

zu gewinnen!

Um was handelt es sich den Gegnern in diesem Wahlkampfe? Weshalb suchen sie mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln, die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneter zu verhindern?

Die

### Liberale

wollen ihre bedrohte Herrschaft über die Stadt behalten. Haben auch die Arbeiter daran ein Interesse? Nein! Für die Arbeiterklasse hat der Liberalismus in seiner langen Herrschaft garnichts getan!

Die

### „Freie Vereinigung“

der Konservativen und des Zentrums will die Herrschaft über die Stadt erobern. Können die Arbeiter das wünschen? Niemals mehr! Ihre Rücksichtler sind die schlimmsten Feinde der Arbeiter!

Die

### Sozialdemokraten

erstreben eine gerechte Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament. Nicht der Geldsack soll herrschen, weder der liberale noch der reaktionäre!

### Dem Arbeiter und Handwerker

aber soll endlich auch in der Gemeinde

### sein Recht

werden!

Werbe, agiere deshalb in den noch verbleibenden wenigen Tagen bis zum Wahltage, den 10. November, jeder verständige Mann aus der Arbeiterklasse

## für die sozialdemokratischen Kandidaten!

### Die neue Preußen-Organisation

die, wie wir kurz mitgeteilt, in der Neujahrswoche in Berlin auf dem zweiten Preuentag beschlossen werden soll, beansprucht mit Recht das weitgehende Interesse der Parteigenossen. Damit nun den Genossen Gelegenheit gegeben sei, noch vor der Wahl der Delegierten und vor Stattfinden der betreffenden Versammlungen das neue Organisationsstatut zu diskutieren, seien wir den uns zugegangenen Entwurf im Wortlaute hierher, ihn der Aufmerksamkeit unserer Leser auss dringendst empfehlend.

#### Organisations-Entwurf

§ 1.

Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen der Sozialdemokratie Preußens findet alle zwei Jahre eine Landeskonferenz statt.

§ 2.

Zur Teilnahme an der Landeskonferenz sind berechtigt:  
1. die Delegierten der einzelnen Kreiswahlvereine mit der Maßgabe, daß die Vereine bis 1000 Mitglieder einen, bis 3000 zwei, bis 5000 drei, bis 10,000 vier und darüber fünf Delegierte zu wählen berechtigt sind;  
2. die Delegierten der sozialdemokratischen Frauen Preußens;  
3. die sozialdemokratischen Reichstags- resp. Landtags-Abgeordneten Preußens;  
4. die Landeskommission. \*)

§ 3.

Zu den Aufgaben der Landeskonferenz gehören:

1. Prüfung der Mandate;
2. Entgegennahme der Berichte der Landeskommission ...
3. Beratung und Beschlussfassung über alle das Parteileben Preußens berührende Fragen;
4. Beschlussfassung über alle eingegangenen Anträge;
5. Wahl des Ortes, an welchem die nächste Landeskonferenz stattfinden soll.

§ 4.

Spätestens sechs Wochen vor Einberufung der Landeskonferenz hat die Landeskommission den einzelnen Kreiswahlvereinen einen Rechenschaftsbericht zu übermitteln und durch die hierfür bestimmten Parteidörfer den Termin sowie die provisorische Tagesordnung bekannt zu machen.

§ 5.

Alle Anträge zur Landeskonferenz sind spätestens 3 Wochen vor Stattfinden derselben bei der Landeskommission einzureichen.

\*) Das ist die Kommission, die der Parteitag in Sessingen hat, damit sie 1906 einen zweiten Preuentag einberufe.

und ist diese verpflichtet, die Anträge und die von ihr vorzuschlagende Tagesordnung spätestens 2 Wochen vor Stattfinden der Landeskonferenz in den hierfür bestimmten Parteidörfern zweimal hintereinander zu veröffentlichen.

§ 6.

Eine außerordentliche Landeskonferenz kann einberufen werden durch Mehrheitsbeschluß der Landeskommission.

Auf Antrag von vier Provinzialkomitees ist die Landeskommission zur Einberufung einer solchen Konferenz innerhalb vier Wochen verpflichtet. Weigert sich die Landeskommission, so hat die Einberufung der Landeskonferenz durch die Vorsitzenden der die Konferenz beantragenden Provinzialkomitees zu gelingen. Die Kreisbestimmungen für Anträge usw. sollen für die außerordentlichen Landeskonferenzen fort.

§ 7.

Die Abgeordneten und die Landeskommission haben in allen Fragen, welche ihre parlamentarische Tätigkeit resp. ihre Geschäftsführung betreffen, kein Stimmrecht auf der Landeskonferenz.

§ 8.

Die Unkosten für die Kreisdelegationen trägt jeder Kreiswahlverein.

§ 9.

Die Unkosten, welche durch die Geschäftsführung der Landeskommission resp. des geschäftsführenden Ausschusses entstehen, id durch Umlageverfahren prozentual der Mitgliederzahl in den einzelnen Provinzen bezw. Kreiswahlvereinen zu erheben.

§ 10.

Die Landeskommission besteht aus je einem Vertreter jeder Provinz Preußens und von Groß-Berlin, die von der Landeskonferenz gewählt werden. Im Behinderungsfall ist eine von dem betreffenden Provinzialkomitee zu stellende Vertretung zugelassen.

Die Landeskommission wählt sich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß von drei Personen. Der Obmann muß seinen Wohnsitz in Berlin haben und ist seine Adresse in den Parteidörfern bekannt zu machen.

§ 11.

Bei allen wichtigen Parteiaktionen, an denen die Sozialdemokratie Preußens beteiligt ist (Beschluß über die Art der Wahlbeteiligung, Demonstrationen und dergleichen), hat sich die Landeskommission mit den Provinzialkomitees rechtzeitig in Verbindung zu setzen, jedoch vor der Beschlussfassung in diesen Fragen mit dem Parteidorfstande sich zu verständigen.

§ 12.

Die Kreiswahlvereins-Vorsitzenden oder Vertreter/-kämme der Kreise und die Provinzialausschüsse sind verpflichtet, sofort nach erfolgter Wahl der Landeskonferenz ihre Worte mitzuteilen, so wie von jeder Adressenänderung Kenntnis zu geben.

Nun soll also auch Preußen eine eigene sozialdemokratische Landesorganisation erhalten! Lange Jahre hindurch hielten man, auch an berufenen Stellen, eine solche Organisation für unmöglich oder wenigstens für außerordentlich schwierig und wenig zweckmäßig. Die geographische Breitenspannweite zusammen mit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Gestaltung des mehr wie die Hälfte des deutschen Reiches umfassenden preußischen Staates gaben den hauptsächlichen Grund dafür ab. Mit der unaufhaltsam fortgeschreitenden Entwicklung der Partei sind auch diese Hindernisse gefallen. Den Weg zu diesem Ziele geeignet hat unzweckhaft die neue Stellung der Partei zur Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen. Nun dürfte es keinen Zweck mehr geben zu dem Ziele, auch die Parteidörfer in Preußen fest zusammen zu schließen zu gemeinsamen, planvollen Vergangen in den politischen Angelegenheiten ihres Staates.

Die Organisation ist nach dem vorliegenden Entwurf zunächst als eine noch recht lose ungebundene gehandelt. Vor allem ist abgesehen von der Erhebung irgend welcher festen Beträge der einzelnen Glieder, der Kreiswahlvereine. Es heißt da nur, daß die Unkosten, welche durch die Geschäftsführung der Landeskommission resp. seines Ausschusses entstehen, durch Umlageverfahren proportional der Mitgliederzahl in den einzelnen Provinzen bzw. Kreiswahlvereinen gedeckt werden sollen. Das zeitigt doch einige Bedenken. Die Aufgaben der Landeskommission und ihres geschäftsführenden Ausschusses sind im vorliegenden Entwurf gar nicht präzisiert, abgesehen von der einen Aufgabe, der Einberufung der Landeskonferenz. Nur anberaumswise wird im Paragraphen 11 von einer Tätigkeit der Landeskommission bei allen wichtigen Aktionen der Partei in Preußen gesprochen. Es wird nötig sein, die Aufgabe der Landeskommission näher zu umschreiben und weiter auch eine bestimmte Grenze für die ihr zur Verfügung zu stellenden Mittel zu ziehen, wenn man nicht will, daß die Landeskommission ins Blaue hinein arbeitet. Auch die Provinz- und Kreisorganisationen müssen in Rücksicht auf ihre sehr gemischten Mittel genau wissen, in welchem Umfang sie von der Landesorganisation finanziell verpflichtet werden können. Von der mechanischen Verteilung einer bestimmten Zahl von Gliedern für jeden Wahlkreis, wie sie das Organisationsstatut der Gesamtpartei immer noch vorsieht, will der vorliegende Entwurf nichts wissen. Er läßt aber den noch obwaltenden ganz verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Kreisen genügend Spielraum mit den im § 2 enthaltenen Bestimmungen über die Zellnahme an der Landeskonferenz. Gegen den Vorschlag, jeder Provinz einen Vertreter in der Landeskommission zugelassen, dürfte sich jedoch Widerstand rütteln. In der Tat wird damit das im Paragraphen 2 aufgestellte Prinzip, die Zahl der Vertreter nach der Zahl der Organisationen zu bemessen, preisgegeben. Wenn das Prinzip für die Landeskonferenz auf und angesetzt wird, erscheint davon dann nicht mehr für die Landeskommission

Bedenken sind auch gegen die Bestimmungen zu erheben, daß die Mitglieder der Landeskommissionen von der Landeskonsferenz zu wählen sind. Es würde ebenso wohl praktischer sein wie auch besser demokratischen Grundsätzen entsprechen, wenn die Mitglieder der Landeskommisionen von den Organisationen ihres S. Bezirks gewählt würden. Es muß doch darauf ankommen, den oder die besten geeigneten Vertreter jeder Provinz in die Landeskommision zu bekommen, das aber wird nicht immer geschehen, wenn diese Wahlen nicht von den zu Vertretenden, sondern von der Landeskonsferenz vorgenommen werden.

## Partei-Angelegenheiten.

**Die Parteischule.** Einige Parteiblätter, darunter auch mit brachte die Meldung, Genosse Heinrich Schulz, Bremen sei zum Lehrer der Parteischule ernannt worden. Das ist ein Irrtum. Die Lehre der Schule wird nach demokratischen Grundsätzen durch das gesamte Lehrerkollegium erfolgen. Genosse Schulz wird Mitglied des Lehrerkollegiums. Sobald dessen Zusammensetzung definitiv feststeht, wird sie bekannt gegeben werden.

**Vom Fortschritt der Presse.** Der "Vollabholer" in Stettin hat ein neues Heim in der Schillerstraße 10 begonnen, da die alten Räume nicht mehr ausreichen.

Das "Offenbacher Abendblatt" hat die Ausgabe von 9000 überschritten. Die Auflösung wird folglich zur weiteren Ausgestaltung des Blattes ausgenutzt. Es erscheint künftig im Wochentum von acht Seiten und vergrößert seinen Mitarbeiterstab.

Einen Freispruch erzielte Genosse Paulick vom Volksblatt für Anhalt vor dem Schiedsgericht zu Berlin, wo er wegen Beleidigung eines Schümanns angeklagt war.

"Der Gebrauchsblatt" in Gladbeck, das Organ der Partei genossen des IX. böhmischen Wahlkreises feiert sein zehnjähriges Jubiläum. Die Nummer vom 2. November erschien als Jubiläumsnummer mit entsprechendem Titel. Sie enthält allerlei interessante Nachrufe und Erinnerungsrückfahrt.

## Arbeiterbewegung.

**Der Kampf in den Siemens-Schuckert-Werken zu Berlin** wird immer ernster. Seit während der vorlaufen Woche machte sich bei der Werksleitung eine steigende Revolte bemerkbar. Die über höchsten Grad erreichte, als am Freitag auch zwei Abteilungen der Gummiaarbeiter im Kabinett die Arbeit niedergelegt. Zuvor holte die Direktion in einem Gezüngel aus und entließ sofort fort circa 300 Vertragsarbeiter und Auskunftsmitglieder der in Betracht kommenden Organisationen. Diese Maßregel erhob die ohnehin schon starke Schärferung der Arbeiter ganz beträchtlich. Es fanden sofort nach heftiger Schärfe eine Reihe von vollständig feindseligen Werksversammlungen statt, in denen sich die Arbeiter meistens für eine allgemeine sofortige Arbeitsniederlegung erklärten. Sie schlossen jedoch den Erwähnungen der Werksleitung überall die treitwillige Gehör, als diese ihnen empfohl, es zu tun bei der bisherigen Taktik zu befallen.

Die Maßregel der Direktion bestand in der Entlassung der Betriebsarbeiter sei der beste Beweis dafür, wie empfindlich das Werk durch die bisherige Herausziehung einzelner Abteilungen getroffen werde. Es sei aber erforderlich, daß sich jede Abteilung ständig bereit halte, sofort wenn an sie die Auftrag gegeben sollte, ebenfalls die Arbeit niederlegen. Dielen Ausführungen der Werksleitung wurde denn auch allgemein angestimmt. Gegenwärtig befinden sich über 1000 Arbeiter im Streik. Petroff sind acht Abteilungen in den Franklin-Werken, neu in den Peterswerken, drei in den Kleinbauwerken, zwei in den Automobil-Werken und die gesamten Hart- und Weichbaum-Werke. Die Firmen Siemens u. Halsle und Siemens-Schuckert suchen in den Provinzstädten Arbeitswillige. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband erinnert seine Mitglieder, auf diese Versuche ein wachsame Auge zu haben. In welche Verdrängnis der Stiel einzelner Abteilungen des Siemens-Schuckert-Werkes die Leitung des Geschehens gebracht habe, läßt die Tatsache, daßgenten des Fabrik unter der herrenlichen Vorstellung, der Streik im Werk sei beendet, Arbeitskräfte zu werben versuchen. So wird dem Formärts die Nachricht, daß in der Herberge in der Auguststraße in Berlin ein Streikbrecheragenten Leute für das Werk zu werben versucht. Berichtet wurde, den Leuten ein Stundenlohn von 45 Pf. für Arbeiter, 60-65 Pf. für Schlosser usw. Sogar Vorrichtung wurde den Arbeiten verschlossen, nur — müßten sie erst eine Stunde gearbeitet haben. Währenddem habe sich Schariot nach 30 Minuten für seine Werktat bezahlt worden, soll die durch den Agenten benötigte Herbergszeitung nur 30 Pfennig für jeden durch den Streikbrechermittler angetriebenen Verdäter an seinen Plausengenossen erhalten haben. Wieviel mag der Agent an jedem Arbeitswilligen verdienen? Zum Schlus noch ein anderes Bild: Die Abteilung der Betriebsma-Siemens-Halsle und Siemens-Schuckert wehren durch Streik eine Arbeitszeit-Verkürzung und eine vorwürdige Arbeitsordnung ab. Zugleich kommt der Metallarbeiter-

Verband her und versendet an seine Mitglieder ein Befehl, keine Arbeiter und Arbeitnehmer von 18 Berliner Firmen, darunter auch Siemens-Halsle, Siemens-Schuckert, Gebr. Siemens u. Dohle, einschließlich, sofern es sich um solche Arbeiter handelt, die zuletzt bei diesen Firmen gearbeitet haben. — Das ist ein Schild Terrorismus, das verhindert ist im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, ein Auswuchs derselben, dem weder eine starke Organisation noch eine willkürliche soziale Gesellschaft bekommen können. Solche Vorfälle zeigen der arbeitschaftlich organisierten Arbeiterschaft immer erneut, daß ihre letzte Schlacht um die Befreiung einer Wirtschaftsweise geschlagen werden muss, welche den größten Teil der Menschheit, den schöpferischen Teil derselben, bedingungslos der Willkür des kleinen schmarotzenden Teiles ausliefern.

**Agitation an Gunsten der streikenden Elbstoffwerker.** Aus Tetschen meldet Hirsch Telegraphenbüro: Unter den Kohlenkarren des Tetschen Umschlagsplatzes sowie unter den Arbeitern des Umschlagsplatzes der österreichischen Nordwestbahn in Tetschen wird aktiv agiert, daß die Arbeit befreit. Unterstützung der streikenden Elbstoffwerker schafft die Arbeit niederelegen. Falls der Streik austande kommen sollte, dürfte der Kohlentransport nach Deutschland gänzlich unterbunden werden.

**Streik der Gummirbeiter in Hannover.** Die Arbeiter der Reichsmarinabteilungen der Gummi- & Camm-Werke A. G. in Linden-Hannover, haben wegen Reduzierung des Arbeitslohns von 10-40 Prozent die Arbeit eingestellt.

Der Streik der Fleischereihelfer (Fleischer) in Wien ist mit einem Teilerfolg beendet. Es wurden der Elbstundentag, der Wochenlohn und Mindestlohn freigegeben. Bei den Fleischern ließen die Fleischereihelfer eine bis vier Kronen bei den wichtigsten Arbeits-Kategorien nach und sie verzögerten auf jede Pauschalbezahlung der Überstunden. Die "Arbeitszeitteilung" moniert, daß der Vertrag mit den Fleischereihelfern gleich auf fünf Jahre abgeschlossen wurde.

Sie bemerkt: Durch volle fünf Jahre sollten die Fleischereihelfer kein Lohnabzug und keine Verkürzung der Arbeitszeit verlangen können! Mag die Forderung noch so stehen, müssen die Preise noch so unerschwinglich werden, volle fünf Jahre dürfen die Fleischereihelfer jetzt keine Lohnabzug verlangen. Man denkt nun zuviel, wie seit fünf Jahren die Schuhe, Kleider und alles teurer geworden ist, und man wird begreifen, was die fünfjährige Vertragsdauer bedeutet. Wäre endlich alle anderen Branchen Jahr für Jahr eine Arbeitsverkürzung ertragen, den Neunstundentag und Achtsundentag holen, dürfen die neuen Fleischereihelfer bis zum Jahre 1911 auch nicht nur eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung fordern und sie haben noch den Elbstundentag! Die ausgebettelten und ausgeschwundenen Arbeiter müssen noch diesem Vertrag bleiben, und während andere Branchen vorwärts schreiten, sollen sie stillstehen und zurückbleiben und dürfen bis zum Jahre 1911 auch keinen Fortschritt versuchen, wenn sie nicht vertragsschädig werden wollen.

## Russische Revolution.

### Ein Sieg der Polen.

**Bialystok.** 5. November. Der Kurator des hiesigen Lehrbereichs bat an die Direktoren der Volksschulen eine Verfügung erlassen, auf Grund deren die Erteilung von Unterricht in polnischer Sprache nicht mehr bestraft werden soll.

### Der Prozeß gegen den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat.

Endlich heendet worden. Der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrates Lewitsalem und 14 Mitglieder dieses Rates sind zur Verbannung nach Sibirien unter Verlust aller bürgerlichen Rechte verurteilt worden; zwei Mitglieder haben Festungstrafe erhalten, die übrigen sind freigesprochen worden.

### Stolypins Attentäter?

**Petersburg,** 5. November. Endlich hat die russische Detektivpolizei den Urheber des Bombenattentats gegen den Minister Stolypin entdeckt, das im August d. J. auf der Moskauerlinie stattgefunden ist. Es ist der am Dienstag wegen seiner Beteiligung an dem großen Raubmord gegen Rosenberg. Nachdem der Verbrecher gesucht war, gelang es diesem, nach Finnland zu entkommen. Als er jedoch wieder nach Petersburg zurückkehren wollte, wurde er auf der russisch-finischen Grenzstation Terijoki überquert und verhaftet. Die unter dem Verdacht, an dem in der vergangenen Woche verübten großen Raub beteiligt zu sein, verhaftete Dame ist wieder entlassen worden, nachdem festgestellt worden war, daß die wahrsch. Schuldige über Finnland zu Schiff nach Schweden entkommen ist.

### Neueste Telegramme.

**Petersburg,** 5. November. Wie die Petersburger "Nowoje Wremja" erläutert, ist demjenigen, der einen Nachweis über den Verlust des bei dem Rambattental am Katharinenpalast gerannten Gelds erbringen kann, eine Belohnung von 36,000 Rubel zu gewähren. Wieviel mag der Agent an jedem Arbeitswilligen verdienen? Zum Schlus noch ein anderes Bild:

Der Kabinett der Betriebsma-Siemens-Halsle und Siemens-Schuckert wehren durch Streik eine Arbeitszeit-Verkürzung und eine vorwürdige Arbeitsordnung ab. Zugleich kommt der Metallarbeiter-

## Lobe-Theater.

Sonnabend, den 2. November 1906.

**Der Prinzgemahl.** Lustspiel in 3 Akten von Leon Lenox und Jules Chancel. Deutsch von Wilhelm Thal.

Sonst lange nicht mehr ist im Lobe-Theater so viel, so heftig — und noch dazu mit vollem Rhythmus — gelacht worden wie am Sonnabend bei der Eröffnung des "Prinzgemahls", der in der vorletzten Saison in Berlin ebenfalls mit einem ganzen Erfolg abgezweigt hatte. Das Lustspiel der beiden Franzosen ist zunächst eine tödliche Trapze auf die bekannten Verhältnisse am königlichen Hofe der Niederlande. Der Prinz Eddy wird Gemahl der jungen Königin Zonia von Coronien. Da die Staatsgeschäfte hat er sich über, das seiner guten Absichten nicht hinzuvermögen. Einfach wird er von denen, die berufen sind oder in sich fühlen, Verführung und Höflichkeit zu währen, von Ministern und Höflichkeit, männlichen wie weiblichen, davon fern gehalten und zu der lächerlichen Rolle des Gemahls seiner Frau gezwungen, der nichts weiter zu tun hat, als darüber zu lachen, daß der leere Stiel im Stammbaum des königlichen Hauses ausgefüllt werde; er ist verurteilt, einzige seiner Freude, als Erzeuger nicht zu widmen. Bald aber ist der Prinz seiner Tochterlosigkeit überdrüssig; trotzdem er seine Frau liebt, und gerade eben deshalb zieht er und will sich von ihr scheiden lassen. Der königliche Stolz seiner Gattin schwimmt zwar bei dieser Tatsache, so erzählt von den Kindern die Einzelheiten, daß der Prinz Kriegsrat werden soll; doch dieser, der im Zwischen, allerdings ganz unvorstellbarer Weise noch einmal an den Hof zurückkehrt, will selbst um diesen Preis nicht weiter tun, und es ist als Seine ihm offenbart, daß er seine Erzeugerpflücker glänzend erfüllt habe, daß er ein Kind zu erwarten habe; willigt er um dieses Kindes willen ein, und wird Mutter. Diese prächtige Trapzeierung der Haager-Sopranistin, die dort allerdings bis jetzt keinen so schönen Gang genommen hat, ist mit einer oft überwältigenden Beifortung höfischer Verhältnisse überhaupt durchzuschlagen; wirkliche Könige und Prinzen haben zu dem beschuldigten König von Ingria und zu dessen Alters niedergelassenen Prinzessin Zonia Bedauern, ebenso wie die geheimnisvoll eingetragenen und wichtigenen Minister, die jüngsten hinzugetretenen und am eindringlichsten Geschäftsführer und Hofbeamten ihre Vorbilder in der Wirklichkeit nicht lange zu suchen brauchen.

Wie gefaßt, das Publikum reagierte und lächelte. Die Sopranistin ist ja bekanntlich die reinste Schnecke und sieht die Bühne, die sich im Leben nur vor Politik nicht ausstehen lässt, im Theater des Hofs. Aber die Schnecken in den Jahren

spenden entdeckt worden, die im Dezember vorigen Jahres auf dem Europäischen Kontinent abgesetzt worden waren.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. November.

### Wahlbezirke und Wahlbüros.

#### Der 30. Wahlbezirk

umfaßt im

##### Abstimmungsbereich A

folgende Straßen:

Bahnhoftstraße, ungerade 1-13, gerade 2-20, Brieserstraße, Brodauerstraße einschließlich Mönche-, Mandel-, Schenkelhaus, Brüderstraße 13a-23, 43-55, Nordenfeldstraße, Grünstraße, ungerade 1-27, gerade 2-32, Königgräßerstraße einschließlich 1, 2, Südstadt ungerade, anschließlich 1.

Das Wahllokal befindet sich

in der Turnhalle Brockauerstraße 12/14, Hof links.

Der

##### Abstimmungsbereich B

umfaßt folgende Straßen:

Östliche Straße gerade, einschließlich 2, 16, Rückenstraße anschließlich 1, 2, Marthastrasse, Wollwiesestrasse, Ohlauerstraße 1-3, Palmstraße, Lauensteinstraße, ungerade 79 bis Ende, gerade 70 bis Ende.

Das Wahllokal befindet sich im Schulhaus Brockauerstraße 12/14, im Hof rechts, part. rechts, Klasse 4 der katholischen Volksschule XI.

Der

##### Abstimmungsbereich C

umfaßt folgende Straßen:

Lauensteinstraße, neue, anschließlich gerade 48/58 und 68 bis Ende, Bornewitzerstraße anschließlich gerade 48-60.

Das Wahllokal befindet sich in der Turnhalle Lauensteinstraße 82, Margaretenschule.

Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der

Kaufmann Max Wiener.

#### Der 31. Wahlbezirk

umfaßt im

##### Abstimmungsbereich A

folgende Straßen:

Alexanderstraße, Brüderstraße 1-13, 55 bis Ende, Helfstraße, Gabelsbergerstraße, Gardestraße, Klosterstraße.

Das Wahllokal befindet sich

im Schulhaus Paradiesstraße 25/27, part. rechts, Zimmer 3, Klasse 3 der katholischen Volksschule III.

Der

##### Abstimmungsbereich B

umfaßt folgende Straßen:

Königgräßerstraße Nr. 1, 2, Lessingplatz, Lessingstraße, Östliche Straße 1, 2, 16, Uhnowstraße 1, 2, Margaretenstraße, Mauritiusplatz, Mauritiusstraße, Morgenaustraße, Ohlauer Chaussee, Ohlauer Stadtgraben anschließlich 1-3, Ohlauer, Paradiesstraße, Stolzenstraße, Lauensteinstraße neue, gerade 48/58 und 68 bis Ende, Bornewitzerstraße, gerade 48/60, Weidendamm, am, Wiesenstraße, Wolffswinkel.

Das Wahllokal befindet sich

im Schulhaus Brüderstraße 3b westlicher Eingang, part. links, Klasse 3 der katholischen Volksschule XXX.

Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der

Kaufmann Max Wiener.

### Achtung, Parteigenossen!

Alle Genossen, die am Stadtverordneten-Wahltag, am Sonnabend, den 10. November,

bei der Wahlarbeit helfen wollen, und zwar von früh 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, werden ersucht, sich umgehend im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Etage, zu melden.

Insbesondere werden

### schreibgewandte Genossen

gebraucht, die als Listenführer usw. tätig sein müssen; ferner wollen sich

### Madsfahrer

melden. Die Arbeit wird entschädigt.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

mann wurde eine nette Summe als Honorar zugestellt. Die Polizei hat dies drohende Anzeichen natürlich abgelehnt.

„Die gesicherte Eglienz bis ins hohe Alter“. Man schreibt aus Duisburg: Einen Beweis von der gesicherten Existenz des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein“ hat die Maschinenfabrik Bedem u. Keilmann gegeben, indem sie einem Schmid, der jetzt 56 Jahre alt ist und 22 Jahre lang auf dem Werk tätig war, folgenden Schreibebrief übermittelt:

Herr Schmidemeister V. B. ....

Infolge vorgeschmiedeter Betriebsänderungen können wir von Ihnen als Schmidemeister keinen Gebrauch mehr machen, und bitten Sie, bis zum 1. Januar sich um eine andere Stelle umsehen zu wollen.

Sie wollen uns den Empfang dieses Briefes bestätigen. Duisburger Maschinenbau-A.G. ges. Th. Keilmann.

Zweiundzwanzig Jahre hat der Mann seine Arbeitskraft hier gegeben und nun er alt und verbraucht ist, fliegt er als nutzlos zur Seite. Wer reist auf?

Die Brüder von St. Bernhard. Ein beeindruckendes Publikum hatte längst der Theaterdirektor Bösl in Mühlhausen in Thüringen. Die Aufführung der Brüder von St. Bernhard, von Oboen, verließ die Galerie so in Eile, daß lange Zwischenrufe erschallten und die mündlichen Bösewichte über das andere Mal „Elenchen“, „Scheinheilige Hund“ geschimpft wurden. Es fehlte wenig, und die vom Spiel anhängerischen Galerietribünen hätten auf die armen Münchnersteller ein Bombardement eröffnet.

Nach 22jähriger Nachhandhaft begnüigt. Durch den Prinz-Regenten von Bayern wurde der Münster Nikolaus Müller begnadigt, der am Kirchweih-Sonnabend des Jahres 1875 den Münster Ecke in einem Walde ermordet und seiner einzigen Tochter bestehenden Nachthaus beraubt hatte. Er wurde damals vom Schwurgericht zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Freibau begnadigt, eine Stra



Der belder Bezirk, Genosse Max Wiener, wird sich über die Frage verbreiten, wer die Arbeiter und Handwerker im Stadtparlament vertreten soll. Arbeiter, Handwerker, Stadtverordneten-Wähler vom Ohlauer Tor! Viel zu lange herrscht auf dem Rathause der große Geldsack. Soraat dafür, daß dort endlich das werktägliche Volk energisch seine Stimme erheben kann. Escheint deshalb alle in der Versammlung. Frauen sind eingeladen.

\* Die nächste Stadtverordneten-Versammlung findet Donnerstag den 8. November, Nachmittags 4 Uhr, statt. Unter den alten Vorlagen finden wir zunächst die Erweiterung des Scheitniger Parkes in der Richtung auf Leibnitz; der Ausschuss V empfiehlt die Genehmigung der Magistratsvorlage. Ferner das Gutachten des Ausschusses I über das Ortsstatut für das Gewerbegericht; wir haben hierüber bereits berichtet. Ferner die Vorlage über die Verwendung der Warenhaussteuer und über die Errichtung eines Ortsstatuts betreffend die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Unter den neuen Vorlagen sind solche von weittragender Bedeutung nicht zu verzeichnen, mit Ausnahme der Vorschläge für Klassenerweiterung in den städtischen Volksschulen zu Löbau 1907. Diese Erweiterung geht davon aus, daß von dem genannten Datum ab allgemein an allen Pleslauer Volksschulen die Klasse 1a eingeführt werden soll. Trotzdem bleiben bedauerlicher Weise die Erweiterungsvorschläge in "mäßigen" Grenzen, wie der Stadtschulrat ausführt, sie stehen hinter den vorjährigen, die 28 Klassen umfassen, um eine zurück und gehen über den Durchschnitt der Jahre 1893—1905, der 34 Klassen betrug, insbesondere die Zahl der Schüler verhältnismäßig schneller gewachsen ist, nur um eine Klassenhälfte. Dies ermöglicht sich durch die Beschränkung auf das Nomendigit und durch den Verzicht auf Vermehrung der Hilfsklassen. Wir halten indessen diese Sparsamkeit für geradezu verwerthlich. Wie nötig die schnellere Steigerung der Klassenzahl ist, geht auch daraus hervor, daß die Ziffer der durchschnittlichen Klassenzahl, die 1901 bis auf 52 gefallen war, im Jahre 1902 auf 53 und 1904 wieder auf 54 gestiegen ist, und daß auch von den jetzt vorgeschlagenen Neubildungen kein Herabgehen, eher eine neue Steigerung der Frequenzziffer zu erwarten ist.

In den 84 evangelischen Schulen sind zurzeit 699 Klassen vorhanden, es sollen 27 hinzukommen, zwei Klassen hinzufallen, der Zuwachs beträgt also 25 und zwar 3 sechste, 2 vierte, 8 dritte, 8 zweite und 10 erste Klassen. In den 54 katholischen Schulen sind 407 Klassen vorhanden, es sollen 10 neue Klassen hinzukommen und zwar 1 sechste, 4 vierte, 1 dritte, 1 zweite und 3 erste Klassen.

\* Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im Monat Oktober von 781 Personen in Auftrag genommen worden; davon waren erstmalige Besuchte 628, wiederholte 153. Im ganzen wurde in 811 Fällen ein Aufwand verteilt. Von den 781 Personen waren männlich 651, weiblich 180, organisiert 639, Ehemänner Organisierter 47, Organisationsunfähige 95, wohnhaft in Breslau 701, auswärts 80. Von den 811 Fällen wurden erledigt mündlich 587, schriftlich 224. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 250.

\* Der frühere Kassierer des Breslauer Gewerkschaftsvereins, Karl Hölscher, hatte sich am Sonnabend wegen Unzertreitbarkeit vor der Breslauer Strafanwaltschaft zu verantworten. Bekanntlich wußte ihm der einzige Zeit, die Kasse offiziell abgenommen werden, da diese ein Mando von 1166 Mk. aufwies. Bis dahin war bei ihm von Unergründlichkeit nichts gemacht worden. Neben den Verbleib des Geldes meinte er früher recht ungewisse Kapaben. Bald gab er zu, Geld verbraucht zu haben, dann wieder gab er an, seine Tochter habe an Kleidung und habe ihr das Geld gewünscht. Vor Gericht behauptete er, bei Gelegenheit des Bergarbeiterstreiks habe er mit großem Summen an ihn gehabt und dabei ridge es ihm wohl vorzufließen, daß ihm vielleicht abhanden gekommen seien. Der Unterschlagung oder der Unzertreitbarkeit will er nicht schuldig gemacht haben. Das Gericht beschloß, die Bücher durch einen geschäftlichen Sachverständigen untersuchen zu lassen und deshalb wurde die Sache vertrag. Bemerk sei, daß von der erwähnten Summe 100 Mark zurückgestellt worden sind, und Hölscher die übrige Summe durch einen Schadensersatz anerkannt hat. Das Kastell hätte ihm mit der Rückzahlung des Geldes aufzuhören und ihm weitere Unzertreitbarkeiten nicht bereitet. Durch einen Strafentzug ist die Sache auch nicht gerichtsfestig geworden, sondern wahrscheinlich dadurch, daß die Angelegenheit ebenfalls in einer vollständig überwundene Verantwaltung beurteilt worden ist. Vielleicht bringt nun aber der Bericht über den Verbleib des Geldes Aufschluß.

\* Zur Bekämpfung der Tuberkulose ist in Görlitz eine Aktionsstelle ins Leben gerufen worden und hat der Präfektur für Bauen Platz 1700 Mk. in den Staat eingesetzt. An die Zeit der Stadt ist nunmehr ein Rundschreiben gesendet worden, in dem es heißt: "Die Aktionsstelle hat in einer Linie die Aufgabe, die tuberkulösen Infektionen der Familienanzüge, eigenen und angrenzenden, und will dies durch Bekleidung, Verschaffung von Unterhüten, Taschentüchern, wie Syndikat und Blasenreinigungseinrichtungen, Bettlaken, Bettdecken, durch Mieten einer anderen Wohnung, oder durch Übergabe eines Zimmers im Betriebsraum oder durch Überweisung des Kranken in das städtische Krankenhaus als zu erreichen suchen. Hierzu ist es notwendig, daß der Richter stelle jeder Fall von offenbarten oder verdächtigen Fällen oder Tuberkulosebefall bei Übermittlung so früh wie möglich verhoben werde, damit sie alsdann der Sammelplatz — bei Bezeichnung jeglicher Einrichtung in der Art, die die Bekämpfung leichter ermöglicht — in die Wohnumgebung des Kranken über die darüber befindlichen Verhältnisse der Familie bestimmen und die erforderlichen Maßnahmen aus zur Ausführung gebracht seien." Gleichzeitig fand den letzten November zu Görlitz ein Kongress statt, der die Tätigkeit der Tropengäste erzeugen sollte. Auch ist ein Tuberkulose-Merkblatt herausgegeben worden, daß es die Kranken kostenlos zur Beteiligung lädt.

\* Arbeiterversammlung des Goethebundes. Wie vor zwei Jahren wird der Goethebund auch in diesem Jahr den Gedenktag des Herrn Director Dr. Poewe für die häufig erreichende Verdolmetscherin Theater-Beschäftigung geben. Die von dem Goethebund in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Poewe in Anzahl genommene Gedenktag findet am 18. November im Stadttheater statt und soll das Gedächtnis von Schillers Goethebund gewidmet sein. Die Aufführung gelangt Schillers "Die Braut von Messina". Die Premiere ist am Freitag 11<sup>th</sup> Uhr, genährt, eine Zeit, die im Stadtsaal auf die Freude nicht negativer hätte geprägt werden können. Die Freude soll vor allen Dingen in einer Linie an die vorherrschende Arbeitserziehung und -Bewegung und -Kreise abgegeben werden. Die Freude wird nach dem Gedenktag eine Ausstellung der Goethebund-Gesellschaften, die eine reiche Arbeitserziehung erzielt haben, aufstellen.

Um den Besuch möglichst weiten Kreisen der Arbeiterschaft zugänglich zu machen, sind die Preise der Plätze für die Vorstellung wie folgt festgesetzt worden:

Alle Parterre, Logen, 1., 2. und 3. Rang 60 Pf. Sitz- und Stehplatz 20 Pf.

Der Zeitpunkt der Aufführung der Villeis wird noch durch die Tagessitzungen bekannt gegeben werden.

\* Gehörteat Professor Weisser hat eine zweite Forschungsreise nach den Sundänseln unternommen, von der er im April 1907 zurückkehren wird. Während seiner Abwesenheit wird er durch den Oberarzt Privatdozent Dr. Bielek vertreten.

\* Stadt-Theater. Montag wird Gebhels Trauerspiel "Maria Magdalene" bereits zum fünften Male in dieser Spielzeit gegeben. Friedlein Mayer spielt die Titelrolle. Dienstag gelangt zum ersten Mal in dieser Spielzeit Herdis über "Dido" zur Aufführung. Mittwoch werden die beiden Opern "Die Magdalena" und "Der Herr Kapellmeister", sowie die Burleske "Gute Morgen, Herr Fischer" gegeben. Donnerstag geht Richard Strauss' Musikkrama "Salomé" in Szene. (Anfang 8 Uhr) Am Freitag findet ein Gastspiel des Dr. Eva von der Osten statt. Die Künstlerin wird die "Mignon" in Thomas' Oper singen. Für Sonnabend ist eine Aufführung von Schillers Trauerspiel "Die Braut von Messina" angelegt. In Vorbereitung befindet sich Shakespeare's "Hamlet".

\* Bode-Theater. Heute Montag gelangt die lustige Operette "Der Kongress von Sevilla". Dienstag der Schwanz "Der Prinzenmahl" zur Wiederholung. Das Requieze der Woche beginnt sobald die Operette "Der Kongress von Sevilla". Donnerstag den Schwanz "Der Prinzenmahl", Freitag und Sonnabend die Operette "Der Kongress von Sevilla".

\* Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Als dritte Vorstellung der laufenden Reihe wird Edmund See's Lustspiel "Das erste Gebot" Montag für Gruppe C. Sonnabend für Gruppe D gegeben. An der Abendkasse Billetsverkauf.

\* Humboldt-Verein. Abonnements-Vorstellungen. Mittwoch den 7. wird als Abonnements-Vorstellung für Mitglieder des Humboldt-Vereins Heinrich Laube's Trauerspiel "Café Escher" gegeben. An der Abendkasse Billetsverkauf.

\* Humboldt-Verein. Volks-Vorstellung. Freitag den 9. geht als Volksvorstellung für den Humboldtverein Haddon Chambers' Lustspiel "Die Tyrannie der Erdnäpfe" in Szene.

\* Für Fuhrwerk und Reiter gesperrt werden wegen Kanalisation die Heinrichstraße zwischen Rosenthalerstraße und Weihgasse einschließlich der halben Kreuzung mit der Rosenthalerstraße und der Weihgasse vom 5. b. M. ab auf drei Wochen, früher wegen Füllung von Wasserhöfen die Kreuzstraße zwischen Treptower Chaussee und Hermannstraße bis 24. M.

\* Gestohlen wurden: am 20. d. M. ein Fahrrad "Orlan" Nr. 255,210 und ein Fahrrad "Duxley-Berlin", ferner einem Arzt von der Kaiser Wilhelmstraße ein Rad "Schladis" - Deesden" und einem Mechaniker auf der Sadowastrasse ein Fahrrad "Express".

\* Es mangelt noch an Aufklärung. Am 2. d. M. Nachmittags bekamen auf der Brüderstraße zwei Arbeiter Streit. Hierbei rief eine einen so heftigen Stoß vor die Brust, daß er zu Boden stürzte und mit dem Hinterkopf auf die Bordsteinkante aufschlug. Er erlitt eine knallende Wunde und mußte im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder unterbracht werden.

\* Wegen Eisenbahnstahl festgenommen wurde ein Arbeiter, der meldete eine silberne Remontine Nr. 6286-45 und eine silberne Silberdose Nr. 39,063, gezeichnete Bänke oder Tische, gefunden wurden.

\* Zu das Polizeigefängnis wurden am 2. d. M. 19 Personen eingeliefert.

\* Gefunden wurden: ein Taschenmesser, ein silberner Becher, eine Perle und eine silberne Uhr.

\* Abhanden kamen: eine lederne Schürze, eine Brille und ein Gebrauchsstück.

\* Festgenommen wurde ein Biegearbeiter wegen versuchten Betruges. Er hatte in einem Bahnhofstaurant eine verloste Droschke in Fahrt geben wollen. Ferner wurde ein Tischlerarbeiter verhaftet, der an einem vier Jahre alten Mädchen ein unsittliches Attentat verübt hatte.

\* Mit Beschlag belegt wurde ein Fahrrad "Einbeck" Nummer 310,688.

\* Neuer. Am 2. d. M. Abends, brach in einem Werkstattanbau Voßstraße 76 infolge mangelhafter Feuerungsanlage ein Brand aus, der den Ladenvorhang erholte, wodurch ein Brandbeschädigung von 600 Mk. entstand.

\* In den Folgen einer Schlägerei gestorben. Ein 26 Jahre alter Biegearbeiter aus Grüneweide erhielt am 12. d. M. bei einem Streit einen Schlag über den Kopf, infolgedessen sich eine Gehirnentzündung einstellte. Der Mann ist dieser Verletzung am 2. d. M. im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder erlegen.

## Aus Schlesien und Jozien.

### Arbeiter, hört Ihr es?!

Unter die Lohnbewegungen der Gegenwart, die das Interesse aller Arbeiter herboragend in Anspruch nehmen, gehört zweifellos die der Bergarbeiter. Bis jetzt ist es mir der Besonnenheit der organisierten Bergarbeiter zu danken, daß auf das provozierende Verhalten der Grubenprüchen kein Streit entbrach, der an Erbitterung, Schärfe und Umfang vielleicht noch den vom Februar 1905 übertrffen hätte. Die Sorge im Ausland machte notwendig auch in anderen Kohlerevieranlagen wie z. B. in Oberschlesien zum Ausdruck kommen, denn hier sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz besonders traurige und verhältnismäßig bedürftig. Die grubenromane Kapitalistenpreise in Schlesien ist indessen unbedingt: Hilger, der Gewaltige brachte das große Wort gelassen aus, daß in Oberschlesien kein Streit zu befürchten sei, wenn auch hier und dort erträgliche Unzufriedenheit herrsche, woran aber nur die Seher schuld seien.

In der gestrigen Sonntagnummer der "Schlesischen Zeitung" findet sich ein Artikel über die oberösterreichische Bergarbeiter-Bewegung, der die Chancen eines etwaigen Streiks für die seitenden Parteien genau abwägt. Unter anderem steht man:

Um sich ein klares Bild darüber zu verschaffen, ob die Arbeiterschicht eines Zustandes benötigt, in dem es notwendig, die Vorbedingungen in Erwägung zu ziehen, die für die erfolgreiche Durchführung eines sozialen Maßnahmen sind. Diese sind in erster Reihe Organisationen, in zweiter Reihe "Geld". Bezuglich der Organisation ist es bekannt, daß die oberösterreichischen Bergarbeiter nur zum geringsten Teile einer solchen angehören. Ebenso bekannt ist, daß die Klassenbestände der Arbeiterorganisationen kaum nennenswert sind, so daß ein Ausdruck nur auf kurze Dauer ausgehalten würde. Zudem nehmen die Besitzer und Befehl der Bergarbeiter eine sehr entschiedene Haltung gegenüber den übertriebenen Lohnforderungen ein und haben ungwidrig zu erkennen gegeben, daß sie sich nichts abtrocken lassen. Darüber scheint sich dann nun auch der oberösterreichische Bergarbeiter zu stimmen und er wird in der Zukunft, welche für ihn wahrscheinlich mit einer Niedergabe enden würde, hütten. Als abgetrenntes Beiblatt scheint ihm der von den Bergarbeitern der beiden Erbgebiete "Leuhof" und "Victria" inszenierte Auspund noch frisch vor der Erinnerung.

Der Artikel schreibt somit noch einige von den "Erbgebäuden", die Oberschlesien bereichern, in ihren Vorläufen schwach und entstehen und entstehen und die Ungenügendheit äußern. Doch vorgehen wir diese schärfig aus der Zeit gezeiteten Behauptungen. Uns kommt es nur darum an, zu zeigen wie ein die Kapitalisten die Organisation und das

an eine erfolgreiche Durchführung des Streiks nicht glauben wollen. Dafür muß gesagt werden, daß im Punkte Ausbau der Organisation noch viel zu tun ist. Wir wollen uns dabei nicht ins einzelne verlieren, um Mißdeutungen vorzubeugen. Jeder klassenbewußte Bergarbeiter weiß diese Tatsache ohnehin genug. Die nächste Zukunft wird an die Bergarbeiter grobe Anforderungen stellen und da gilt es, einem rücksichtslosen mit allen staatlichen Machtmitteln ausgerüsteten Gegner mit einer umfassenden ethischen Organisation, die über volle Massen verfügt, entgegenzutreten und ebenso die Fortsetzung abzutragen. Mögen diese Worte dem Oberschlesien und dem noch der Organisation fernstehenden eine ernste Mahnung, dem klassenbewußten Arbeiter aber ein fester Vorsatz sein, seine unausgelösten Arbeitsbrüder zu organisieren.

Witten, 5. November. Die Wohnverhältnisse der Tabakarbeiter bei der Firma Neumann sind nunmehr durch eine Stichprobe ermittelt worden. Bei Handarbeit wurde der niedrigste Rollerdienst für eine Woche mit 7.80 Mark festgestellt. Der Höchstdienst betrug 12.90 Mark, und sich sich ein Durchschnittsdienst von 10.78 Mark herausrechnen. Der niedrigste Verdienst der Normalarbeiter betrug acht Mark, der Höchstdienst 15 Mark. Im Durchschnitt werden 10.48 Mark verdient. Bei den Webmachern wurden 6.10 Mark als der niedrigste Rollerdienst und 10.20 Mark als der höchste ermittelt. Im Durchschnitt werden hier 7.62 Mark verdient. Bei Verwendung von Maschinendiensteln erzielten die Rollen einer Webenverdienst von 5.20 bis 11 Mark. Der Durchschnitts-Dienst betrug 8.82 Mark. Die Bedienungsleute der Maschinen erzielten folgende Löhne ausgeschüttet: Umbauarbeiter 8.40 M., Einsager-Einsleger 6.60 Mark, Webeläufer 6.80 Mark, Webmesser 9.60 Mark, Umbauarbeiter 6 Mark, Webdrücker 6.80 Mark. Ferner erzielten Zigarettewälder 9.60 Mark, Haushälter 9.60 Mark und Bedienungsleute 6.60 Mark.

Das neint also die große Firma Neumann-Berlin "Löhne" und misst den Arbeitern und Arbeitern zu, damit auszutzen. Die Firma unterhält in Deutschland nicht weniger als 110 Zweiggeschäfte, man sollte daran schließen können, daß das "Haus Neumann" leistungsfähig genug ist, um ihren Arbeitern wenigstens soweit an Lohn zu kommen zu lassen, daß sie sich ordentlich fort setzen können. Freilich, in der Fabrik in Schwerin a. D. hat die Organisation Verhältnisse der Tabakarbeiter und -Arbeiter besser i. d. R. sieht die Firma auch genötigt, besser Löhne zu zahlen. Daß zahlt sie in Graudenz noch geringere Löhne als oben angegeben sind, und zwar deshalb, weil dort die Arbeiter und Arbeitern entweder schlecht organisiert sind.

Nachdem nun in Wunsen der Deutsche Tabakarbeiter-Verband festen Fuß gesetzt hat und sich in der letzten Zeit kräftig entwickelt, sind nun die Kollegen und Kolleginnen auch in der Lage, etwas zur Aufrechterhaltung ihrer Verhältnisse zu unternehmen. Der Erfolg eines Vorstoßes wird nicht ausbleiben, das halb f. 15 an 5 Mark!

Hainau, 3. November. Vom Schlossberwaltungsrat der Städte. Die hiesigen Stadtälter haben beschlossen, eine Realschule zu errichten, die Kosten wollte die Stadt zahlen. Nun wie nur das notwendig, nämlich die Genehmigung des Unterrichtsministers. Dieser aber kann sich, obgleich Regierung und Provinzial-Schulkollegium die Sache seit dem Frühjahr dieses Jahres geprüft haben, und obgleich letzteres das Gefühl der Schuler Stadtverwaltung um Genehmigung der Schule befürwortet hat, nicht entscheiden, diese Genehmigung zu erteilen. Er kommt nicht etwa mit neuen Einwendungen, sondern es werden nur Dinge, die nach Nutzen der Alten längst erörtert und gescannt sind, vorgebracht. Damit erhält natürlich die Angelegenheit eine weitere Verzögerung, sobald es wohl jetzt ausgeschlossen ist, daß die Schule Löbau 1907, wie geplant war, eröffnet werden kann. Das Ministerium will eine Konferenz mit Vertretern des Schuler Magistrats und der Stadtvorordneten-Versammlung herbeiziehen, in der jedenfalls versucht werden wird, die Stadtverwaltung zu veranlassen, den Plan fallen zu lassen.

Die liberalen Städter stimmen ein großes Votum darüber an, daß der Unterrichtsminister so schade in das Selbstverwaltungsrat der Städte eingegriffen habe. Er würde sich über so sagen sie im Tone des "Starken Mannes" hinzu, sehr täuschen, wenn er glaubt, daß sich die städtische Verwaltung ohne weiteres folgen wird. Mit Sicherheit nicht an den Geldernmut der Städte, die freien die Gouvernur, daß ihnen vom Selbstverwaltungsrat ein Glück nach dem anderen gezaubert wurde.

Bolkshain, 5. November. Ein Vortrag des Riesengebirgs-Bezirks-Verbandes der Freiwilligen Volksgarde wird Sonnabend und Sonntag, den 10. und 11. November, im Hotel "Deutscher Kaiser" stattfinden. Am Sonnabend, abend 8 Uhr, findet im Hotel "Deutscher Kaiser" eine öffentliche Wahlerversammlung statt, wo die Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaq und Dr. Hermes sprechen werden. Am Sonntag darauf folgt die Delegierten-Versammlung, auf welcher in eingehenden Vorträgen die wichtigsten Fragen der Gegenwart behandelt werden.

Koschmin, 3. November. Folgen der Polenpolitik. Der größte Teil der Bewohner von Koschmin möchte dem bisherigen Bezirks-Schulinspektor bei seiner Berufstätigkeit hilfreich Schriften, indem sie sich weitergeraten, die Schornsteine fehren zu lassen. Da wiederholte Geldstrafen nicht fruchten, sollte Drang ausgelöst werden. Aber Germanen durch den Bezirks-Schulinspektor bei seinem Mundart gelehrt, seines der Eintritt gewaltsam erzwungen werden müsse. Bald hatte sich eine Menschenmenge von circa 60 Personen zusammengetroffen. Da sich die Germanen einer gleich Neukampe genannt, und ohne Blutvergießen wohl nicht zum Ziele gekommen wären, mußte der "Pol. Sta." infolge, von weiterem Vorgehen zunächst absehen werden. Die Widerparteien haben sich nun zunächst wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten.

## Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein Unfall ereignete sich vor kurzem in der bekannten Hugo Moissner'schen Spielwaren- und Turngerätefabrik zu Schweidnitz. Der an der Ubrichtsmaschine beschäftigte Maschinenebauer Gäßler von hier, verheiratet und Familienvater, geriet mit der linken Hand in die Welle der Mutter der Maschine, wodurch ihm der linke Arm abgetrennt wurde. Dieser Unfall ist umso bemerkenswerter, als vor nicht allzu langer Zeit ein anderer Arbeiter sich auf derselben Maschine eine ebenfalls nicht unerhebliche Verletzung der Hand zugezogen hatte. Beide Unfälle sind auf ein und dieselbe Ursache zurückzuführen. Aber erst nachdem sich letzterer Unfall ereignet, sah sich die Firma zur Beseitigung des Unfalls veranlaßt. Nach den bisherigen Wahrnehmungen bewahren sich die in den Breslauer Städten eingetriebenen Schweine als Insektenvertilger in vorzülicher Weise. In großen Mengen wurden die Hörnchen der Schweine aus dem Boden ausgewühlt und vertrieben. Es sollen daher weitere 80—100 Schweine zum gleichen Zweck gefangen und an andere Stellen im Walde als Insektenfresser verwendet werden. Folgende Spiele mit Streicheln durch Kinder entstehen in der Ortschaft Schlanke ein Dutzend, durch den am Ende befindlichen Sturm verbreitet, sich in Gedanken niedergelegt. Da die meisten Bewohner zu dem in Groß-Wartenberg stattfindenden Faschingsabend waren, ist ein großer Schaden entstanden. — Da alle nur mangelfhaft beladenen Haufe Tarnzwecke Chauffee führten und bei sich dabei einen Schubkarren zogen. Gestern in der Abendzeit keine Bedeutung erlangt.